

analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis
 ak testen: 3 für 5 €
 Infos + Bestellungen: www.akweb.de

Henrik Lebuhn

Grenzen und Möglichkeiten linker Stadtpolitik Eine Erwiderung auf Klaus Lederer

Dass Klaus Lederer bereits wenige Tage nach dem Erscheinen der PROKLA 149 herbe Kritik an meinen Artikel äußerte, hat mich sehr gefreut.¹ Denn Klaus Lederer ist Vorsitzender der Berliner Linkspartei. Tag für Tag muss er unter genau denjenigen stadtpolitischen und -ökonomischen Rahmenbedingungen „linke Politik machen“, die ich in meinem Artikel über „sozialräumliche Konflikte in der unternehmerischen Stadt“ beschreibe. Bei Klaus Lederer sind meine Thesen und Argumente an einer Stelle gelandet, an der sich linke und linksradikale Positionen, Strategien und Ziele bündeln – oder auch trennen – und wo sich parlamentarische und außerparlamentarische (Stadt-)Politik überschneiden und miteinander in Konflikt treten. Das gibt seinem Debattenbeitrag einen besonderen Stellenwert, er bietet die Gelegenheit zu einer produktiven und solidarischen Auseinandersetzung über die Grenzen und Möglichkeiten linker Stadtpolitik im Parlament und „auf der Straße“. Klaus Lederer liefert in seinem Einspruch eine äußerst kenntnisreiche und differenzierte Darstellung der haushaltspolitischen Restriktionen, die den Berliner Bezirken via New Public Management (NPM) auferlegt werden. Während ich in meinem Artikel vor allem nach der Funktionsweise und den Effekten von NPM fragte und diese an einem konkreten Beispiel diskutierte, beschreibt Lederer auch die Genese des „herrschenden Systems der bezirklichen Finanzzuweisungen“² und analysiert

die Konstellation der unterschiedlichen Akteure, Interessen und Dynamiken, die diesem System Stabilität verleiht.³ Im Hinblick auf die politischen Auswirkungen von NPM, wenn diese Verwaltungstechnologie erst einmal installiert ist, kommt Lederer zu dem Ergebnis: „Hier wurden sukzessive aus primär fiskalischen und technokratischen Motiven NPM-Controllingtechniken mit dem Finanzzuweisungssystem zu einem Belohnungs- und Bestrafungsmechanismus verschmolzen,

denn dieses System entfaltet Herrschaftswirkung im wahrsten Sinne des Wortes.

³ Eine zentrale Rolle spielt dabei der Berliner Bankenskandal, ein spezifischer lokaler Faktor für die Berliner Finanzkrise, wie ich in meinem Artikel feststelle – denn ich rühre keinesfalls alles in den gleichen „neoliberalen Einheitsbrei“, wie Lederer meint. Jedoch hat Lederer recht, wenn er mich korrigiert, dass der Berliner Bankenskandal (bzw. dessen juristische und politische Aufarbeitung) keinesfalls folgenlos blieb: Im März 2007 wurde der CDU-Politiker Klaus-Rüdiger Landowsky zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Damit blieb das Landgericht Berlin um mehr als die Hälfte unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Vier Mitangeklagte bekamen Bewährungsstrafen, acht wurden freigesprochen. „Man könnte fast sagen, Manager müssen in Deutschland nicht hinter Gitter,“ so das trockene Kommentar von Jura-Professor Hans-Peter Schwintowski im Interview mit dem Spiegel (Spiegel Online, 21. März 2007). Die Landesbank Berlin (LBB) wurde, wie Lederer korrekt feststellt, mittlerweile für 5,3 Milliarden Euro verkauft. „Die Alt-Risiken bleiben allerdings bei der Stadt, also beim Steuerzahler“ (ebd.; vgl. auch Pressemitteilung der Initiative Berliner Bankenskandal vom 20.06.2007). Über die Frage, ob das ein Erfolg ist oder nicht, lässt sich trefflich streiten.

1 Ich danke Stephan Kaufmann, Sabine Nuss und Ingo Stützle für ihre Anregungen und Hinweise zu diesem Beitrag.

2 Klaus Lederer findet hier – bewusst oder unbewusst – eine präzise-doppeldeutige Formulierung.

<h3>Wildcat 80. Winter 2007/2008</h3>	
<p>Strike Bike <small>Die Geschichte des Streikbikes von der ersten Idee bis zur Herstellung von über 1000 Exemplaren. Ein Streikbiker erzählt.</small></p>	<p>aus dem Inhalt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Heiligendamm: was war, was wird, ... • Interviews zum GDL-Streik • Strike Bike aus Nordhausen • nach dem BSH-Streik • Organisationsversuche in privatisierten Kliniken • VW: Auto 5000 • auch nur ein Job: Organizer für Ver.di • improvisierte Musik und Warenform <p>Außerdem 80-seitige Beilage »Unruhen in China«!</p>
<p>Unser Archiv und aktuelleres Material findet ihr unter www.wildcat-www.de</p>	<p>Abo und Bestellung: Shiraz e.V. Postfach 30 12 06 50782 Köln</p> <p>versand@wildcat-www.de oder per Bestellformular auf unserer webseite</p>

der nahezu eine fiskalische Diktatur der Finanzverwaltung ermöglicht und ein zwischenbezirkliches *race to the bottom* der Leistungen nach sich zieht.“ So drastisch habe ich es in meinem Artikel kaum zu formulieren gewagt.

In der Sache liegen Klaus Lederers und meine Analyse der Funktionsweise von NPM also gar nicht so weit auseinander (für eine detaillierte und vergleichende Analyse siehe Lebuhn 2008). In der politischen Einschätzung dafür umso mehr. Denn trotz seiner geradezu dramatischen Beschreibung der Konsequenzen der Berliner Verwaltungsreformen für die Bezirke, kritisiert Lederer meinen strukturtheoretischen Blick auf das stadtpolitische Feld. Der Konflikt um das Soziale Zentrum sei vielleicht auch durch ganz andere Faktoren zu Ungunsten der außerparlamentarischen Akteure entschieden worden, spekuliert er in seinem Einspruch. Immerhin sei Stadtpolitik das Ergebnis eines komplizierten Aushandlungsprozesses zwischen vielen verschiedenen Akteuren und Interessengruppen. Mit dieser Feststellung hat er natürlich recht – ich habe auch nichts anderes behauptet – nur treffen sich die lokalpolitischen Akteure eben nicht auf „neutralem Terrain“. Das stadtpolitische Feld ist vermachtet. Wenn wir verstehen wollen, welche Entscheidungs- und Verhandlungsspielräume Lokalpolitiker in der unternehmerischen Stadt haben, und warum bestimmte „stakeholder“ durchsetzungsfähiger sind als andere, gilt es vor allem auch nach der Beschaffenheit des lokalen Terrains zu fragen. Das ist das zentrale Anliegen meines Artikels, und meine These lautet: NPM strukturiert das stadtpolitische Feld ganz erheblich vor.

Natürlich stimme ich Lederer zu, dass neben der „fiskalpolitischen Diktatur“ noch viele andere Aspekte in den Aushandlungsprozess sozialräumlicher Konflikte eingehen. Eine ganz wichtige Rolle spielt die Form der Politisierung solcher Konflikte: Im Fall des Sozialen Zentrums weigerte sich die Initiative nicht nur, die betreffenden Liegenschaften zu einem

Marktpreis zu mieten, sondern begründete dies auch noch explizit politisch und rief mehr oder weniger offen dazu auf, dass sich auch andere lokale Initiativen und Projekte dem Berliner Sparkonzert verweigern sollen. Darin unterscheidet sich die Initiative für ein Soziales Zentrum übrigens auch von Klaus Lederers Bezirksbibliothek, obwohl beide, wie Lederer richtig feststellt, gleichermaßen von den Sparmaßnahmen betroffen sind. Während eine Bibliothek (sprich: Freibäder, Museen, öffentlicher Nahverkehr, etc.) jedoch im Zweifelsfalle zusammengesparrt und mit einer Nutzungsgebühr belegt werden kann, treten stadtpolitische Proteste von Anfang an mit dem Ziel auf den Plan, genau das zu verhindern. Denn „arm aber sexy“, wie Klaus Wowereit es kürzlich formulierte, wollen die linken Basisbewegungen nicht sein. Im Fall des Konflikts um das Soziale Zentrum hat sich daraus eine verhängnisvolle Dynamik entwickelt. Die Linkspartei, damals noch PDS, wurde von links unter Druck gesetzt, während sie doch auf Landesebene als Koalitionspartner der SPD massive Kürzungen und Einsparungen mitgetragen hat. „Sparen bis es quietscht“, um noch einmal Klaus Wowereit zu bemühen, geht nämlich auch unter rot-rot! Aber nur, wenn sich die Linkspartei trotzdem als progressive gesellschaftliche Kraft darzustellen vermag. Denn sonst könnten die Wähler ja auch gleich SPD/FDP/CDU wählen. Eine außerparlamentarische Opposition, die den Finger in diese Wunde legt, wird schnell zum Dorn im Auge der parlamentarischen Linken.⁴ Im Fall des Konflikts um das Soziale Zentrum spitzte sich der stille Konflikt zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Linker dramatisch zu. Auch daran, und nicht nur an den Haushaltsrestriktionen, lag es, dass keine Einigung erzielt werden konnte. Nach fünf Jahren Kampagnenarbeit verließ die Initiative entkräftet im Sande, das So-

4 Wie weit sich progressive Parteien unter dem Anpassungsdruck der Regierungsverantwortung von ihren Anfängen entfernen können, haben die Grünen meisterhaft demonstriert.

ziale Zentrum in seiner ursprünglich angestrebten Form kam nicht zu Stande, viele öffentliche Liegenschaften stehen weiterhin leer und warten darauf, an private Interessenten verkauft zu werden.

Dass sich im Konflikt um das Soziale Zentrum kein Bündnis – sondern eine Front – zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Linken entwickelte, scheint mir aber weniger ein „Fehler“ der Berliner Linkspartei oder ihrer Spitzenpolitiker und auch kein Spezifikum der hier diskutierten Fallstudie. Vielmehr handelte es sich dabei in erheblichem Maße um einen Effekt von NPM, bzw. um eine Folge der via NPM implementierten betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und haushaltspolitischen Restriktionen, an denen Lokalpolitiker aller Parteien ihre Entscheidungen und ihr Handeln ausrichten müssen. Ich meine nicht, dass die sozialräumlichen Konflikte in der unternehmerischen Stadt dadurch *determiniert* würden. Aber ich denke in der Tat, dass NPM eine höchst wirksame Handlungsrationale einführt, der sich auch progressive Parlamentarier nicht einfach entziehen können.⁵ Diese These lässt sich an dem von mir gewählten Fallbeispiel hervorragend illustrieren und müsste entlang weiterer Beispiele überprüft werden.

Wenn sich diese These als richtig erweist, dann hat das für sozialräumliche Konflikte weit über das Berliner Beispiel hinaus große Bedeutung. Erstens im Hinblick auf das Zusammenwirken parlamentarischer und

außerparlamentarischer linker Kräfte: Auf einem neoliberal formierten, stadtpolitischen Feld wird die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Gruppen strukturell behindert und erschwert. Klaus Lederer tut sich und seiner Partei keinen Gefallen, wenn er betont, dass die eigene Handlungsfähigkeit auch unter den aktuellen stadtpolitischen Bedingungen erhalten bleibt. Vielmehr gilt es, die politischen und ökonomischen Restriktionen, denen Lokalpolitik gegenwärtig unterworfen wird, zum Thema zu machen – und diese offensiv anzugreifen. Wem daran gelegen ist, dass die Linkspartei sich an kapitalismuskritischen Positionen und an sozialen Bewegungen orientiert, mithin *sozialistische Politik* macht, der muss sich der Mechanismen bewusst werden, durch die progressive Kräfte im Parlament diszipliniert, „auf Linie gebracht“ und in eine Konkurrenzsituation mit linken und linksradikalen außerparlamentarischen Gruppen manövriert werden.

Zweitens geht es um den politischen Status der Proteste „auf der Straße“: Anstatt linke Basisgruppen und Kampagnen als „Kleingruppen“ zu diffamieren, die angeblich keine breite Mobilisierung entfalten und keine nachvollziehbare stadtpolitische Strategie entwickeln, gilt es, sie als das zu akzeptieren und zu schätzen, was sie sind: Außerparlamentarische Kräfte, die im Gegensatz zu Parteipolitikern, Abgeordneten und Verwaltungsangestellten zunächst einmal frei(er) von formalpolitischen Handlungsbedingungen agieren können und die ihre Politik an einem „utopischen Moment“ ausrichten dürfen. Darin besteht ihre Stärke und ihr Potential.⁶ Und als solche vertreten sie per Definition ein „Partikularinteresse“. Parteien zeichnen sich im Unterschied dazu dadurch aus, dass sie einen Allgemeinheitsanspruch formulieren müssen – weshalb auch die Linkspartei gern von sozialer Gerechtigkeit, aber selten von „Klasseninteressen“ spricht.

5 Ob sich NPM als Instrument der Informationsbeschaffung von den damit einhergehenden Effekten der Disziplinierung und vor allem der Entpolitisierung – Entscheidungen werden nicht mehr explizit politisch, sondern vor allem fiskalisch/betriebswirtschaftlich getroffen – trennen lässt, wie Lederer es behauptet oder es sich zumindest wünscht, wäre zu diskutieren. Ich vermute eher nicht. NPM wurde seit den 1980er Jahren weltweit eingeführt, gerade weil es die verschiedenen Aspekte neoliberaler Herrschaft organisch miteinander verbindet: Informationsbeschaffung, Verknappung der öffentlichen Ausgaben im sozialpolitischen Bereich, Entpolitisierung, Schaffung vermeintlicher Sachzwänge.

6 Ob man sie als (städtische) soziale Bewegungen bezeichnet oder nicht, ist dabei sekundär.

Nichts desto trotz kann die aus der Perspektive einer großen Partei ineffiziente „Kleingruppenarbeit“ abseits des gesellschaftlichen Mainstreams in bestimmten historischen Situationen eine unvorhergesehene Dynamik und gesellschaftliche Sprengkraft entfalten, die ganze Parlamente samt ihrer Parteivorsitzenden hinwegzufegen vermag. Klaus Lederer, der in Frankfurt/Oder aufwuchs, um dann als Schüler in Ost-Berlin die Wende zu erleben, müsste das eigentlich wissen. Gemeindet man soziale Bewegungen dagegen ein, wie der Parteivorsitzende Lederer das in seinem Beitrag vorsichtig versucht, wenn er sie als „eigene“ Bewegungen bezeichnet, dann erzeugt man einen realpolitischen Anpassungsdruck, der außerparlamentarische Gruppen schnell zu sozialen Dienstleistern und Partnern am Runden Tisch degradiert. Dann können sie höchstens noch sanften Druck auf ihre Parteigenossen ausüben. Diese Form der Inkorporation sozialer Proteste ist ein hervorragendes Merkmal postfordistischer Stadtpolitik, wie Susanne Heeg und Marit Rosol in PROKLA 149 feststellen (Heeg/Rosol 2007).

In diesem Sinne hinkt schließlich auch Klaus Lederers Vergleich zwischen basispolitischen Kampagnen einerseits und den gegeneinander konkurrierenden Arbeitern andererseits. Zwar ist es richtig, dass Arbeitnehmer auf einem kapitalistisch verfassten Arbeitsmarkt in Konkurrenz miteinander stehen – ebenso wie die um politisch verknappte Ressourcen konkurrierenden stadtpolitischen Gruppen und Projekte. Doch kann sich Lederer unter diesen Bedingungen offensichtlich nur zwei Optionen vorstellen: Entweder die Arbeitnehmer beißen in den sauren Apfel, handeln einen schlechten Tarifvertrag aus, retten damit aber zumindest Arbeitsplätze und wahren den Betriebsfrieden. Oder aber sie brechen aus der Tarifsolidarität aus und unterschreiben einen Einzeltarifvertrag; so wie die Initiative für ein Soziales Zentrum – aus Lederers Sicht – einen Einzelvertrag mit dem Bezirk aushandeln wollte. Was aber, wenn die Arbeiter sich zum

Streik entscheiden? Was, wenn eine Belegschaft die Arbeit niederlegt, in der Hoffnung, dass ihr weitere Betriebe folgen? Genau das hat die Initiative für ein Soziales Zentrum versucht. Hier ging es nicht darum, im Alleingang einen guten Deal „abzuzocken“. Vielmehr wollte die Initiative nicht akzeptieren, dass die Studierenden, MigrantInnen und Erwerbslosen, aus denen sich die Initiative überwiegend zusammensetzte, die Folgen des Berliner Bankenskandals und die Konsequenzen der „ganz normalen“ Berliner Kürzungs- und Umverteilungspolitik tragen müssen. Mit ihrer „Politik der ersten Person“ wollte die Initiative mit gutem Beispiel voran gehen und andere Gruppen zum „stadtpolitischen Streik“ motivieren. Vor dem Hintergrund der Proteste gegen die Kürzungspolitik auf Landes- und auf Bundesebene sollte ein Ort erstritten werden, an dem die vielen Berliner Basisgruppen und -bündnisse über eine gemeinsame linke Politik diskutieren können. Doch mangelte es der Initiative an einer ausreichenden gesellschaftlichen Verankerung, um dieses politische Ziel durchzusetzen – worin Klaus Lederers und meine Einschätzung sich wieder treffen. Oder, um die Perspektive etwas zu verschieben: Es mangelte an widerständischer Solidarität seitens anderer lokalpolitischer Akteure, auch der Linkspartei.

Am Ende bleibt die Einsicht: Die nächste „außerparlamentarische Tarifrunde“ kommt bestimmt. Dann stellt sich auch wieder die Frage nach Streik und Fabrikbesetzung, bzw. nach städtischen Freiräumen, Mietpreisen und Hausbesetzungen. Vielleicht erinnert sich Klaus Lederer ja dann an diese Debatte.

Literatur

Heeg, Susanne; Rosol, Marit (2007): *Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext – Ein Überblick*, in: Prokla, Nr. 149, S. 491-509

Lebuhn, Henrik (2008): *Stadt in Bewegung. Mikrokonflikte um den öffentlichen Raum in Berlin und Los Angeles*, Münster: Westfälisches Dampfboot

SUMMARIES

PROKLA 150, Vol. 38 (2008), No. 1

Nick Kratzer, Wolfgang Menz, Sarah Nies, Dieter Sauer: The Regulation of Performance as an Area of “Embattled Work”. Proceeding the assumption that the crisis of Fordism has led to a new regime of rationalisation which can be characterised by a market-oriented mode of production this article argues that the three major trends of development within the area of policies on performance – precarisation, standardisation and subjectivation – should not be seen as different or even rival interpretations of the current developments but rather as contradictory but still interrelated elements of the process of “marketisation”. Therefore, a critical labour policy needs to address all of the three trends and to combine a perspective of resistance with a strategy of appropriation of the new forms of market-oriented control.

Ingrid Artus: Precarious Corporate Culture and crazy conflicts. Management control by repressive integration in the precarious service sector. Two case studies in multinational service enterprises (fast food and transport sector) show that strategies of corporate culture are quite efficient for management control of precarious and ‘poor work’. The article discusses the problems of individual and collective interest representation within these special kind of employment relations, the reasons why struggles for respect and justice seem to be ‘crazy conflicts’ there and in which context nevertheless occur ruptures in the system of absolute management control.

Ingo Matuschek, Frank Kleemann, G. Günther Voß: Subjectivated Taylorization and the domination of workers. In debates concerning recent developments in the sphere of work, Taylorized and subjectivated forms of work (where workers coordinate tasks on their own, and indirect forms of control are employed) are considered to oppose each other. There almost seems to be a consensus that Taylorized and subjectivated forms of control belong to two distinct domains of the sphere of work: Manufacturing work involving little skill on the one hand, highly skilled and service work on the other. This article argues that the subjectivation process of work also takes place in low-skill jobs. Particularly in work environments structured by information technologies, both ideal types of work organization become intertwined and constitute a distinct mode of work organization: subjectivated Taylorization. A prominent example is call center work. On the basis of own empirical case studies, both management strategies of subjectivated Taylorization and reactions on the workers’ side are analyzed. The paper concludes with a reflection on general changes the logic of control, and domination of workers.

Mario Candeias: The new self-employed: between entrepreneurial spirits and precarity. The entrepreneur is the central figure in the neoliberal discourse. The trend towards self-employment is therefore interpreted as a sign for entrepreneurial thinking becoming the basis for general interest articulation, far beyond particular class interest. But in fact the real situation of most of the self-employed clearly points to a social position as independent workers, entangled in contradictions between self-management and a new sense of freedom on the one and harsh dependencies and self-exploitation on the other side. The article tries to elaborate on specific differences and common elements between workers and self-employed. It becomes clear, that the independent workers are part of the rising precariat and could share common interests with other precarious workers. What is needed is to overcome the very individualistic habits of the self-employed. Far from being sufficient, new forms of collective organisation such as the Euromayday or an Italian union for precarious independent workers are pointing into this direction.

Christoph Hermann: The Struggle for Working Time: An Overview. This article examines the development of weekly working hours put in by wage labour since the introduction of the 40-hour week. It analyses the changes in different periods based on the contentious relationship between socially necessary and actually laboured working hours resulting in predominantly extensive and intensive accumulation regimes. To understand the recent surge in working hours, so one of the main arguments, one has to account for the role of competition as driver of capitalist development and as a mode of social dominance. Conversely the struggle for working time must be understood as a struggle for the limitation of competition through working-class solidarity